

# BASELBIETER FREISINN

## Gemeinsam weiterkommen.

### Altersvorsorge & Gesundheit

Die FDP hat neue Ziele und Forderungen zu den Themenbereichen Altersvorsorge und Gesundheit erarbeitet. Beteiligt war auch Nationalrat Andri Silberschmidt. Er erklärt, wie die Positionen nun ins Parlament gebracht werden können.  
 Seiten 10 und 11

### Bedeutende Herbstsession

Am 13. September beginnt die Herbstsession der eidgenössischen Räte. Für die FDP-Fraktion stehen insbesondere Geschäfte der Altersvorsorge, Europapolitik und des Klimaschutzes im Zentrum. Ebenso wie zahlreiche wirtschaftspolitische Geschäfte, die in den nächsten Wochen in den beiden Kammern beraten werden.  
 Seite 17

### Nein zur 99% Initiative

Am 26. September kommt die 99% Initiative der Juso zur Abstimmung. Das Begehren würde eine Reihe negativer Auswirkungen nach sich ziehen. Die Vorlage ist eine Gefahr für KMU, Start-ups, Eigenheimbesitzer und den Mittelstand. Der Luzerner Ständerat Damian Müller setzt sich engagiert gegen die 99% Initiative ein und zeigt in seinem Beitrag auf, welche schädlichen Folgen ein Ja hätte.  
 Seite 18



### Karin Keller-Sutter im Interview

Die Ehe für alle ist für die Bundesrätin eine «liberale Kernforderung».  
 Seite 19

## Neu im Amt

### Editorial von Ferdinand Pulver

Viele von euch kennen mich bereits aus meiner Zeit als Wahlkampfleiter der Wahlen 2019. Ich bin kein Mann der grossen Worte, ich bin eher ein besonnener Netzwerker, der Menschen für eine gemeinsame Sache zusammenbringen und motivieren kann. Ich bin ein Teamplayer und mag es, mit Menschen zusammenzuarbeiten, die sich für ein Thema und eine Überzeugung engagieren und dabei vielleicht auch mal über den eigenen Schatten springen können. Ich bin unabhängig, ich bin neugierig und stehe neuen Ideen und Menschen offen gegenüber. Ich schätze andere Meinungen und den offenen und konstruktiven Diskurs über verschiedene Positionen. Was ich nicht mag, sind intransparente Diskussionen hinter den Kulissen. Und ich weiss sehr gut, dass es immer wieder Kompromisse braucht, um ans Ziel zu gelangen. Dies erfahre ich jeden Tag als Gemeinderat von Reinach. Ich freue mich, mich voll und ganz für unsere Partei und unsere freisinnigen Anliegen zu engagieren und die gemeinsam erarbeiteten Positionen gegen aussen zu vertreten.

Als mich die Parteileitung anfragte, ob ich für dieses Amt zur Verfügung stehe, habe ich mir natürlich einige Gedanken gemacht. Ich habe viele Gespräche innerhalb der Partei geführt, viele Fragen gestellt und aktiv zugehört. In diesen Gesprächen wurde mit viel Vertrauen entgegengebracht. Das war für mich entscheidend, um für



Ferdinand Pulver

diese Rolle als Parteipräsidenten zu kandidieren. Ich weiss und schätze es sehr, was meine Vorgängerin Saskia Schenker für die Partei geleistet und erreicht hat. Die Fussstapfen, die Sie hinterlässt, sind sicherlich nicht klein. Es ist daher eine grosse Herausforderung, ihre Arbeit so erfolgreich fortzusetzen. Aber durch ihre Arbeit ist die Partei heute in einem sehr guten Zustand, so dass ich mir zutraue, sie weiter in ähnlicher Art und Wei-

*Fortsetzung auf Seite 3*

# Inhalt

- 3–9 Baselbieter Freisinn
- 10/11 Ziele und Forderungen zu Altersvorsorge & Gesundheit
- 12/13 Petra Gössi blickt auf ihre Amtszeit zurück
- 14/15 Rückblick auf die DV in Martigny
- 16 Aus dem Archiv
- 17 Vorschau auf die Herbstsession
- 18 Damian Müller kämpft gegen die 99%-Initiative
- 19 Bundesrätin Karin Keller-Sutter im Interview
- 20 Innovative Unternehmen: Lehner Versand
- 21 Gastbeitrag von Arbela Statovci
- 22 Praktikanten-Blog von Philipp Gasser
- 23 Vermischtes



**Ja zur Individualbesteuerung:  
Jetzt Initiative unterschreiben!**



## Mit geeinten Kräften vorwärts

Herzlichen Dank für Ihr Engagement!

### Liebe Freisinnige

In den letzten Monaten haben mich zahlreiche Zuschriften zu meinem bevorstehenden Rücktritt als Parteipräsidentin erreicht. Ihre wohlwollenden Worte haben mich überwältigt und sehr berührt. Ich möchte Ihnen auf diesem Weg nochmals von ganzem Herzen danken für Ihren Zuspruch und Ihre Unterstützung. Nur dank Ihnen und Ihrem Einsatz zugunsten unserer Partei kann sich die FDP weiterhin für liberale Lösungen einsetzen.

### Ihre Stimme zählt!

Es braucht heute wie morgen einen starken Freisinn, der unser Erfolgsmodell Schweiz und unsere liberale Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung verteidigt und weiterentwickelt. Die bevorstehende Abstimmung zur 99%-Initiative ist ein erneuter Frontalangriff der Linken auf unseren Wohlstand. Mit einem Nein am 26. September können wir dafür sorgen, dieses drohende Unheil abzuwenden.

Liberalismus bedeutet für uns Freisinnige auch, dass alle Menschen ihr Leben so gestalten können, wie sie es für richtig halten. Am nächsten Abstimmungssonntag können wir mit einem Ja zur «Ehe für alle» einen wichtigen Schritt zugunsten der freien Lebensgestaltung machen. Mehr zu den beiden Abstimmungsvorlagen finden Sie auf den Seiten 8, 18 und 19.

### Aufbruchstimmung in unserer Partei

Ihre Stimme zählt jedoch nicht nur bei den Volksabstimmungen, sondern auch innerhalb unserer Partei. Als Parteipräsidentin war es mir deshalb stets ein Anliegen, Sie direkt in die parteipolitischen Prozesse einzubinden. Es war eine Freude zu sehen, wie Sie sich bei den Mitgliederumfragen in den letzten zwei Jahren eingebracht und intensiv an der Basisarbeit beteiligt haben. Es zeigt, dass wir Freisinnigen bereit sind, Verantwortung zu übernehmen und Lösungen «bottom-up» zu erarbeiten.

Deswegen macht mich auch das beherzte Engagement unserer Sektionen und Kantone stolz. Während die Jungfreisinnigen mit der Einreichung der Renteninitiative bereits einen historischen Meilenstein erreicht haben, sind die FDP Frauen mit der Initiative zur Individualbesteuerung auf bestem Weg dorthin.

### Vielfalt als Chance nutzen

Es stimmt mich optimistisch und zuversichtlich, wie leidenschaftlich sich die Freisinnigen für liberale Lösungen engagieren. Dies erachte ich als Grundvoraussetzung für den Erfolg unserer Partei und unseres Landes. Die Vielfalt und der Ideenwettbewerb sind der Motor für Innovation und Fortschritt. Im Rückblick auf meine Zeit als Parteipräsidentin (auf den Seiten 12 und 13) erachte ich denn auch den Kontakt mit den vielen Menschen und die Gespräche über liberale Ideen und Visionen als eine der schönsten Bereicherungen in diesem Amt.

Unsere Partei lebt von einer angeregten Diskussionskultur. Sie setzt die Impulse für die Erarbeitung von zukunfts- und mehrheitsfähigen Lösungen. Wir sind stark, wenn wir diese Energie zugunsten gemeinsamer Ziele bündeln. Lassen Sie uns diese Chance auch künftig gemeinsam anpacken und unsere liberale Zukunftsvision für die Schweiz umsetzen.

Nochmals ein herzliches Dankeschön und herzliche Grüsse

**Ihre Petra Gössi**  
Präsidentin FDP.Die Liberalen Schweiz

*Fortsetzung von Seite 1*

se weiterzuführen. Ich werde für Kontinuität sorgen und auf den Stärken der Partei aufbauen. Als Präsident kann ich zusammen mit der Parteileitung sicher einen grossen Beitrag dazu leisten. Entscheidend sind aber ihr alle, meine lieben Freisinnigen! Ihr alle macht es aus, welche Themen wir wie anpacken, welche neuen Mitglieder wir gewinnen, ob wir in Abstimmungen Erfolg haben und wen wir für politische Mandate in Wahlen aufstellen werden. Und vieles mehr. Als ehemaliger Wahlkampfleiter und Reinacher Gemeinderat konnte ich wichtige politische Erfahrungen sammeln. Aber natürlich kann ich von vielen von euch dazulernen und mich weiterentwickeln. Ich bin neugierig und zähle auf eure Unterstützung und eure Erfahrung, denn viele unter euch haben vollgepackte politische Rucksäcke. Mit eurer Mithilfe, eurem Rat und eurem Engagement werden wir es gemeinsam schaffen, als FDP Baselland den erfolgreichen Weg weiterzugehen.

Das gilt auch für die inhaltliche politische Arbeit. Mit Überzeugung setze ich mich für die freisinnigen Werte Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt ein.

Ich bin überzeugt, dass wir unser Leben selbstbestimmt gestalten sollten. Freiheit ist jedoch nicht grenzenlos. Wir alle müssen Verantwortung für unsere Handlungen und die Gemeinschaft übernehmen. Mit der heutigen Kandidatur als Parteipräsident möchte ich für diese Gemeinschaft Verantwortung übernehmen.

Gleichzeitig setze ich mich für Gemeinsinn ein. Denn der Gemeinsinn hält die Schweiz zusammen, er verbindet Kulturen, Sprachen und Regionen. Wie wichtig dies ist, sehe ich in meiner täglichen Arbeit als Reinacher Gemeinderat im Bereich Soziales.

Für mich zentral ist auch der Fortschritt, denn er ist der Schlüssel zum Wohlstand von heute und morgen. Innovationen und technischer Fortschritt, nicht Verbote, bringen uns weiter. Zum Beispiel Innovationen, die bei uns im Kanton in der Industrie 4.0 entstehen werden. Ich möchte privates Engagement vor dem Staat, Erwirtschaften vor Verteilen und Freiheit vor Gleichheit.

Ich möchte, dass wir in der kommenden Zeit beim Thema Steuern, wo wir eine grosse politische Kompetenz vorweisen können, noch aktiver und somit auch wahrnehmbarer werden. Mir ist die Zusammenarbeit mit allen wichtigen Partnern wichtig, ich denke da in erster Linie an die regionalen Wirtschaftsverbände, Arbeitgeberverband Basel, die Handelskammer beider Basel, der Gewerbeverband Baselland und die Wirtschaftskammer. Sie sind wichtige Dialogpartner und Impulsgeber. Bei Partner denke ich auch an unsere Mitstreiter der FDP Basel-Stadt, denn viele Themen können wir nur gemeinsam als Region lösen.

Aber es ist mir auch wichtig, zu zeigen, dass die FDP Baselland mehr ist, als die Partei der Wirtschafts- und Steuerfragen. Ich befürworte, dass wir den Fokus nicht zu eng und nur auf diese Fragen eingestellt haben. Mir persönlich sind zwei weitere Themen wichtig: Wir werden uns in nächster Zeit, gerade nach der Ablehnung des CO<sub>2</sub>-Gesetzes, intensiv mit Klimapolitik befassen. Mein Ziel ist es, dass wir uns hier auf kantonaler Ebene stärker einbringen und mit einer ökoliberalen Themensetzung gute Beiträge zugunsten einer wirksamen Klimapolitik leisten werden. Mein zweites persönliche Ziel ist es, die Sozialpolitik in Zukunft aktiver mitzugestalten. Meine Tätigkeit als Gemeinderat in der zweitgrössten Stadt des Kantons, wo ich das Ressort Soziales leite, zeigt mir täglich, dass es durchaus freisinnige Ansätze gibt, Sozialpolitik zu machen. Ich wünsche mir, dass wir in diesen zwei politischen Bereichen in Zukunft noch mehr liberale Impulse setzen können.

Als Parteipräsident ist mir das Einende sehr wichtig. Ich werde mich dafür einsetzen, dass die FDP in Zukunft noch mehr den Teamgedanken lebt. Es ist unbestritten, dass eine geeinte und kompakt auftretende Partei bei Abstimmungen und Wahlen erfolgreicher abschneidet. Es ist an jedem Einzelnen in Zukunft intern engagiert zu diskutieren, zu debattieren und sich nötigenfalls auch konstruktiv zu streiten. Aber wir müssen nach abgeschlossener Meinungsfindung noch besser darin werden, auch als Unterlegene über den eigenen Schatten zu springen und parteiinterne demokratisch gefällte Parteipositionen mitzutragen. Das kann auch bedeuten, dass man sich einfach mal zu einem Thema nicht äussert, das man selbst anderes sieht als die Mehrheit der Partei. .

Freiheit und Eigenverantwortung heisst nicht Egoismus. Es wäre gut, wenn jede und jeder von uns immer wieder mal in sich geht und prüft, ob es da drinnen nicht einen Teamplayer gibt. Wenn ja, dann lassen wir diesen Teamplayer in uns doch in Zukunft stärker wirken. Es ist mir sehr wichtig, dass wir gerade auch im Hinblick auf die kantonalen Wahlen im 2023 wieder geeinter auftreten. Das wird uns glaubwürdiger und somit für mehr Menschen wählbar machen.

In den letzten Monaten beobachte ich eine zunehmende Polarisierung der Gesellschaft, denn die Einschränkungen der letzten Zeit ertragen nicht alle Mitmenschen gleich gut. Zudem nehme ich eine zunehmend gereizte Stimmung wahr. An den beiden Polen werden lauthals Extremforderungen formuliert und diese werden von den Medien auch gerne verbreitet. In diesem konsensfernen Klima braucht es eine FDP, die besonnen auftritt. Eine Partei der Verantwortung, die Lösungen sucht und nicht die Polemik. Wir sollten insbesondere in diesen Zeiten die Partei der Vernunft sein und unsere differenzierten Betrachtungen und Argumentationen mit Ruhe und Ausdauer vertreten. Und dies wenn möglich in einer verständlichen Sprache, damit wir mehr Menschen erreichen. Und wir müssen darauf hinweisen, dass wir uns an polemischen und reisserisch geführten Diskussionen nicht beteiligen.

Ein gutes Beispiel für verantwortungsvolle und besonnene Politik liefert unsere Regierungsrätin Monica Gschwind seit Jahren. Mit ihrer ruhigen und einenden Art Bildungspolitik zu machen, hat sie sich einen guten Namen gemacht und viel erreicht, was ihr mittlerweile auch von den Medien zugestanden wird.

Mit mir bekommt die FDP einen absolut unabhängigen, besonnen arbeitenden und auf Einigung fokussierten neuen Präsidenten. Alleine schaffe ich das natürlich nicht, dazu brauche ich eure Hilfe. Ich werde politisch noch viel lernen müssen und dazu bin ich auch bereit. Aber mit eurer Mithilfe, eurem Rat und eurem Engagement werden wir es gemeinsam schaffen, als FDP Baselland erfolgreich zu bleiben. Packen wir es zusammen an und treten wir geeint auf.

**Ferdinand Pulver**  
Parteipräsident

# Aus der Parteileitung

Marianne Hollinger berichtet

Die FDP Baselland traf sich im zukunftsreichsten Ort der ganzen Region, wenn nicht gar der Schweiz, im uptownBasel in Arlesheim. Gebannt folgte die Versammlung dem Begrüssungsreferat von Dr. Thomas Staehelin, Verwaltungsratspräsident von uptownBasel. Im Schorenareal in Arlesheim entsteht ein Kompetenzzentrum für Industrie 4.0 mit rund 2000 Arbeitsplätzen. Das vom Innovator und Entwicklungsplaner Hans-Jörg Fankhauser koordinierte Projekt «uptownBasel» macht das rund 70000 m<sup>2</sup> grosse Areal zu einem Anziehungspunkt für Hightech-Firmen. Die Parteiversammlung stellt mit grösster Achtung und Begeisterung fest, dass mit uptownBasel das Baselbiet zu einem Eldorado für Innovationen von morgen wird. Was für ein hervorragend gelungener Einstieg in den Parteitag!

In der Folge führte Saskia Schenker gewohnt souverän durch die Traktanden. Zur 99%-Initiative



Neu in die Parteileitung gewählt: Klaus Endress.



Neuer Kassier der FDP Baselland: Matthias Mundwiler.

referierte unsere Nationalrätin Daniela Schneeberger. Auf Seite 5 dieses «Freisinn» können Sie die wichtigsten Punkte nachlesen. Der Parteitag fasste einstimmig die Nein-Parole zur 99%-Initiative. Anschliessend stellte der Präsident der Jungfreisinnigen, Lucio Sansano, die Vorlage «Ehe für alle» vor. Seine Argumente für die Vorlage brachte er fundiert und mit viel Herzblut vor. Der Parteitag fasste mit grossem Mehr die Ja-Parole.

Nun galt es, die Parteileitung aufgrund der Rücktritte von Saskia Schenker und Jörg Felix zu vervollständigen. Michael Herrmann, Präsident der Findungskommission, erklärte den Anwesenden den Findungsprozess und anschliessend stellte er kurz den Kandidaten Ferdinand Pulver vor. Die Findungskommission ist überzeugt: Ferdi ist ein gradliniger Quereinsteiger, eine gestandene Persönlichkeit, voller Tatendrang und mit bestem Leistungsausweis als Wahlkampfleiter der National- und Ständeratswahl 2019 und als Gemeinderat in Reinach.

Es überrascht nicht, dass Ferdi Pulver einstimmig und mit grossem Applaus zum neuen Parteipräsidenten gewählt wird. Die Parteileitung freut sich sehr auf die Zusammenarbeit und wünscht ihm viel Glück, Erfolg und Freude für das anspruchsvolle Amt.

Danach wurde Matthias Mundwiler, ein ausgewiesener Bankfachmann und bereits Mitglied der Parteileitung, als Nachfolge von Jörg Felix zum Kassier gewählt. Der Parteitag wählte als Ergän-



Marianne Hollinger, Vizepräsidentin FDP Baselland

zung Klaus Endress, ein erfolgreicher Unternehmer und ehemaliger Gemeinderat aus Reinach, in die Parteileitung.

Dann kam die Stunde des Abschieds für Saskia Schenker. Ich durfte im Namen der Parteileitung ein paar Worte an sie richten. Saskia hat in ihrer kurzen Amtszeit viel bewegt und erreicht. Besonders erwähnenswert sind die guten Wahlergebnisse bei den kantonalen und nationalen Wahlen im 2019. Saskia war eine wunderbare und erfolgreiche Botschafterin für den Baselbieter Freisinn, sie schaffte viel Sympathie für unsere liberale politische Arbeit. Mit ihrer besonnenen Art, ihrer Kompetenz und Gradlinigkeit brillierte und überzeugte sie bei ihren Auftritten. Mit herzlichem Applaus und Standing Ovationen wird Saskia Schenker verabschiedet. Die Stabsübergabe an Ferdi war Höhepunkt und Abschluss des sehr schönen Parteitags: Die Zukunft der FDP Basel ist aufgegleist. Auf geht's!

**Marianne Hollinger**  
Vizepräsidentin FDP Baselland



Stabsübergabe von Saskia Schenker an den neu gewählten Ferdinand Pulver.

# Ein klares Nein zur sozialistischen Umverteilungspolitik

Nein zur Initiative «Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern»

Am 26. September stimmen wir über die von den Jungsozialisten (Juso) lancierte Volksinitiative «Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern» ab. Die sogenannte 99-Prozent-Initiative fordert eine massiv höhere Besteuerung von Kapitaleinkommen. Über einem noch unbestimmten Schwellenwert sollen solche Erträge nicht zu 100 Prozent, sondern sogar zu 150 Prozent steuerbar sein. Die Umsetzung dieser Juso-Forderungen hätte verheerende Auswirkungen für unsere Wirtschaft, insbesondere für kleinere und mittlere Familienbetriebe und ihre Beschäftigten. Sie würde zu einem massiven Kapitalabfluss führen, somit Investitions- und Innovationsmöglichkeiten einschränken. Hinzu kommt, dass damit sehr viele sowieso heikle Nachfolgeprozesse zusätzlich erschwert, wenn nicht sogar behindert werden. Die Initiative gaukelt vor, dass von ihr nur das «reichste Ein-Prozent» der Bevölkerung betroffen wäre. Deshalb auch die Bezeichnung «99%-Initiative». In Tat und Wahrheit würde sich die Initiative nicht nur auf die bereits erwähnten Familienbetriebe sondern auch auf Start-ups, Bauernbetriebe sowie Kleinsparer und Eigenheimbesitzer auswirken. Breite Kreise der Mittelschicht müssten mit höheren Steuern rechnen. Die Initianten betreiben puren Klassenkampf und eine desaströse sozialistische Umverteilungspolitik. Die Ablehnung dieser Initiative steht in unser aller Interesse!

In meinen weiteren Ausführungen will ich mich kurz auf drei Aspekte konzentrieren: die Verfassungsmässigkeit der Initiative, die Auswirkungen auf Start-ups und auf Hauseigentümer.

## Initiative steht im Widerspruch zur Verfassung

Die «Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit» (Artikel 127 Bundesverfassung) stellt einen zentralen verfassungsrechtlichen Grundsatz dar. Demgemäss müssen alle Einkommensarten gleich besteuert werden. Mit der Ungleichbehandlung von Arbeits- und Kapitaleinkommen widersprechen die Juso diesem Gleichbehandlungsgebot. Aufgrund auch Analysen von Steuerexperten gibt es keine sachliche Erklärung,

weshalb Arbeitseinkommen anders als Kapitaleinkommen versteuert werden soll. Der Einkommenssteuersatz des Bundes ist durch die Bundesverfassung auf maximal 11,5 Prozent limitiert. Würden Kapitaleinkommen nun zu 150 Prozent besteuert, wie gefordert, würde dieser Maximalsteuersatz ausgehebelt und auf über 17 Prozent angehoben. Ausserdem stellen die 150 Prozent ein fiktives Einkommen dar. Kommt dazu, dass aufgrund der grossen Unbestimmtheit der Initiative mit ihren unklaren Formulierungen und Definitionen für die Bevölkerung völlig unklar ist, über welche Konsequenzen sie abstimmen wird. So gesehen ritzt diese Initiative an der Abstimmungsfreiheit.

## Initiative zerstört den Start-up-Standort Schweiz

Jungunternehmen finanzieren sich in der Regel über Gründeraktien und Beteiligungspläne, damit Investoren und Mitarbeitende am wirtschaftlichen Erfolg teilhaben können. Werden im Falle des Unternehmenserfolgs die Anteile später an neue Investoren verkauft, resultiert ein Kapitalgewinn. Die Gründer und weitere Anteilseigner werden mit der Wertsteigerung und dem daraus resultierenden Gewinn für den persönlichen Einsatz, das eingegangene Risiko und die finanzielle Durststrecke während der Anfangsphase entschädigt. Bislang sind solche Wertsteigerungen und Veräusserungsgewinne steuerfrei. Eine wichtige Voraussetzung für Start-up-Gründer und -Investoren sowie Mitarbeiterbeteiligungen. Mit der Juso-Initiative würden diese wichtigen Finanzierungsanreize wegfallen und es wäre der Todesstoss für den Start-up-Standort Schweiz.

## Noch höhere Belastung des Wohneigentums

Die Initiative bleibt in der Definition des Kapitaleinkommens unklar, und das Steuerrecht kennt den Begriff Kapitaleinkommen eigentlich nicht. Laut Einschätzung des Bundesrates würden bei Annahme der Initiative künftig deshalb alle Kapitalerträge und -gewinne des beweglichen und unbeweglichen Vermögens besteuert werden müssen. Gemäss geltendem Steuerrecht sind private Kapitalgewinne steuerfrei. Ausgenommen sind dabei



Daniela Schneeberger

die Gewinne aus dem Verkauf von Immobilien, die auf kantonaler Ebene mit einer Grundstückgewinnsteuer besteuert werden müssen. Eine solche Steuer auf Bundesebene gibt es nicht. Die Initiative würde wohl damit zwangsläufig zur Einführung einer Bundes-Grundstückgewinnsteuer führen. Damit würden vor allem ältere Wohneigentümer, die ihre Immobilie nach langer Haltezeit veräussern, bestraft. Im Weiteren ist es – je nach Umsetzung der Initiative – wahrscheinlich, dass auch der Eigenmietwert unter den Begriff «Kapitaleinkommen» fallen wird. Somit würden Wohneigentümer nochmals stärker zur Kasse gebeten. Kurzum: Die Juso-Initiative führt zwangsläufig zu höheren Steuerbelastungen für Eigentümer und Vermieter.

Diese Initiative steht im Widerspruch zu den Grundnormen der Bundesverfassung, ist hinsichtlich der Ausgestaltung und Folgen willkürlich, sie ist irreführend, was die Aussagen zur Betroffenheit angeht und sie schadet den mittelständischen Firmen und den Start-ups in der Schweiz. Sie ist ausserdem auch unnötig. Darum müssen wir diese Initiative am 26. September 2021 ablehnen.

Daniela Schneeberger, Nationalrätin, Thürnen

# Gut vorbereitet für die digitale Zukunft

Aus der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion

Stellen Sie sich einmal vor, geschätzte Leserinnen und Leser, Sie seien nochmals Kind und würden im Schuljahr 2022/23 in die Primarschule eintreten. Geht alles rund, käme 2028 der Übertritt in die Sekundarschule, und bis 2031 müssten Sie sich für eine berufliche Grundbildung oder eine weiterführende Schule entscheiden. Je nach Verlauf Ihres Bildungswegs würden Sie um das Jahr 2035 ins Erwerbsleben eintreten – oder, falls Sie ein Studium aufnehmen, vielleicht auch erst gegen 2040. In der Realität werden in 19 Jahren einige von Ihnen, ich eingeschlossen, bereits im Pensionsalter sein.

Dieses Gedankenspiel illustriert die grösste Herausforderung des Bildungswesens: Es soll unsere Kinder und Jugendlichen im Hier und Jetzt auf ein möglichst selbständiges, selbstbestimmtes Leben in der Zukunft vorbereiten. Wie diese Zukunft aussehen könnte und welche Kompetenzen auch lange nach Abschluss der Erstausbildung notwendig sind, welche persönlichen Fähigkeiten relevant bleiben für den bevorzugten Lebensweg, für eine befriedigende Karriere – das möglichst vorausschauend zu beurteilen und entsprechende Angebote zu machen, ist eine der verantwortungsvollsten Aufgaben von Politik und Gesellschaft.

Genau aus diesem Grund bin ich davon überzeugt, dass wir mit den Landratsvorlagen «Zukunft Volksschule» und «PICTS» (Pädagogischer ICT-Support) die Weichen richtig stellen! Unsere Welt wird zusehends komplexer und digitaler, und das in einem rasanten Tempo. Um in einem solchen Umfeld persönlich und beruflich zu reüssieren, sind ein gutes Leseverständnis, ein präziser sprachlicher Ausdruck sowie gute Kenntnisse in Mathematik weiterhin grundlegend. Ebenso essenziell ist aber der souveräne Umgang mit neuen Medien und Technologien. Alle Baselbieter Schülerinnen und Schüler sollen deshalb vom ersten Schultag bis zum Abschluss der obligatorischen Schulzeit diese Grundkompetenzen des 21. Jahrhunderts so weit entwickeln können, dass sie für den Eintritt in die Sekundarstufe II gerüstet sind: Die im Rahmen

von «Zukunft Volksschule» vorgesehene Stärkung der Kernfächer Deutsch und Mathematik, die optimierte Vermittlung von Medien- und Informatikkompetenzen in einem eigenen Lektionengefäss sowie die bedarfsgerechte Aus- und Weiterbildung der Primar- und Sekundarlehrpersonen gewährleisten dies.

In engem Zusammenhang damit steht auch die geplante Verankerung von «PICTS» an den Schulen aller Stufen. Diese spezifisch ausgebildeten Lehrpersonen fördern den pädagogischen Umgang mit digitalen Medien an ihrer Schule und unterstützen mit ihrer Expertise die Schulleitung und ihre Kolleginnen und Kollegen in allen Belangen der Digitalisierung im schulischen Umfeld: Sie beraten konzeptionell und didaktisch, begleiten Projekte und stellen die niederschwellige schulinterne Weiterbildung in ihrem Bereich sicher.

Worum geht es mir also mit «Zukunft Volksschule» und «PICTS»? Um nichts weniger als die Sicherung des Bildungserfolgs möglichst aller Baselbieter Schülerinnen und Schüler. Und auf den Punkt gebracht: um die Sicherung der Zukunftschancen unserer Kinder und Jugendlichen. Natürlich hat dies für den Kanton und die Gemeinden einen Preis. Ich bin aber zutiefst davon überzeugt – und mit mir auch eine überwiegende Mehrheit der Vertreterinnen und Vertreter der Schulbeteiligten, Parteien und Gemeinden, welche in die Diskussionen um die geeigneten Massnahmen von Beginn weg einbezogen wurden –, dass sich jeder eingesetzte Franken lohnt. Lassen Sie uns investieren in die Zukunft von uns allen, in die Fachkräfte von morgen, in das Baselbiet von morgen, in den gesunden Finanzhaushalt von morgen! Und Sie wissen ja: Der beste Zeitpunkt für eine Investition war gestern, der zweitbeste ist heute. Sorgen wir für einen Start der Massnahmen im Jahr 2022!

**Monica Gschwind**  
Regierungsrätin



Monica Gschwind

# Zurück in Liestal

## Aus der Fraktion

Gestern, 2. September 2021, sassen wir endlich wieder im Landratssaal – was für eine grosse Freude! Der Start nach den Sommerferien ist geglückt, doch der Fraktion der FDP ist es bewusst, dass es auch in der zweiten Hälfte der Legislatur noch einiges zu tun gibt. Die SP und die Grünen geben unvermindert Geld aus, stellen Anträge auf Budgeterhöhungen und wollen immer mehr Bereiche in die Verantwortung des Staates übergeben. Dies wird sich in Zukunft noch akzentuieren. Während Links-Grün mit Verboten, Steuern und Lenkungsabgaben arbeiten will, wollen wir Freisinnigen zur Eigenverantwortung zurückkehren. Verstaatlichung oder Eigenverantwortung – Geld ausgeben und Steuern erhöhen oder schwarze Zahlen durch moderate Ausgaben – emotionale Erpressung oder sachliche Diskussion. Oder anders:

Links oder freisinnig? Wir unterscheiden uns massgebend von den Linken: Während wir sachliche und technische Diskussionen führen, betreibt die Gegenseite Symbolpolitik. Und dies auf Kosten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.

An der ausserordentlichen Fraktionssitzung der FDP wurden genau diese zentralen Problemstellungen diskutiert. Die Fraktion beriet über freisinnige Themensetzungen und über die Möglichkeiten, die nicht enden wollende Gier der Gegenseite einzudämmen. Es war eine produktive und ergiebige Sitzung, welche wir wiederholen werden. Über grundsätzliche Themen zu sprechen, welche wir besetzen müssen und sollen, muss neben dem politischen Alltagsgeschäft Platz haben. Nun gilt es, die Erkenntnisse umzusetzen und unsere Kompetenzen in den politischen Prozess einzubringen.

# Ein aussergewöhnliches Amtsjahr 2020/2021

## Rückblick

Was für ein Amtsjahr! Am Donnerstag, 24. Juni 2021, durfte ich als Landratspräsident die letzte Landratssitzung der Amtsperiode 2020/2021 und somit auch meine letzte als formell «Höchster Baselieter» leiten. Auch diese Sitzung fand, wie schon alle 17 weiteren in meiner Amtszeit, «extramuros» im Saal San Francisco des Congress Center der Messe Basel statt.

Als «Berufs-Liestaler» hätte ich mir die Ratsitzungen im altherwürdigen Landratssaal des Regierungsgebäudes in unserer Kantonshauptstadt doch sehr gewünscht. Wir bezeichnen diese finale Sitzung vor den Sommerferien auch als Wahlsitzung, wird doch das Präsidium des Land- und des Regierungsrats neu bestellt. Allen gewählten Kolleginnen und Kollegen gratuliere ich nochmals ganz herzlich zu ihrer Wahl und wünsche viel Befriedi-

gung und Erfolg in den neuen Funktionen. Ein ganz spezieller Glückwunsch geht an die neue Landratspräsidentin und somit an meine Nachfolgerin – Regula Steinemann – für ihr glanzvolles Wahlergebnis. Traditionsgemäss verabschiedet sich die scheidende Landratspräsidentin, der scheidende Landratspräsident mit einem Rückblick auf das zurückliegende Präsidialjahr. Eine für mich nicht wirklich einfache Aufgabe in diesem schwierigen und sehr stark von «Covid-19» geprägten Jahr. Nebst der Sitzungsleitung obliegt dem Landratspräsidium auch das Repräsentieren und das Vertreten des Kantons bei den verschiedensten Anlässen. Bedingt durch die Folgen der Pandemie fanden sehr viele Veranstaltungen leider nicht statt, wurden abgesagt oder auf einen späteren Zeitpunkt verschoben. Auch musste ich im Juni 2020 schweren Herzens bereits auf das



Andreas Dürr

Die Fraktion ist hierzu entschlossen und bereit.

Mit meinen Fraktionskolleginnen und Fraktionskollegen gehen wir nun ins dritte Legislaturjahr und wir werden die politischen Kämpfe führen: für ein liberales Baselbiet. Für unsere Freisinnigen.

**Andreas Dürr, Fraktionspräsident**



Heinz Lurf

traditionelle Landratspräsidentenfest an meinem Wohnort Liestal verzichten. Auch am geplanten Ausweichdatum war das Festen leider nicht möglich. Allzu gerne hätte ich auf dem Zeughausplatz mit der Liestaler Bevölkerung und den Gästen mein hohes Amt gefeiert. So muss ich mich damit trösten, den Landrat in einer – hoffentlich einmaligen – sehr speziellen und anspruchsvollen Zeit präsiert zu haben. Auch so kann man in die Geschichtsbücher unseres Kantons einzugehen.

**Heinz Lurf, FDP – alt Landratspräsident Kanton Basel-Landschaft, Amtsjahr 2020–2021**

## Eptinger-Unternehmerin Damaris Buchenhorner im digitalen Zukunftstalk: «Auch ins kalte Wasser springen gehört dazu.»



Im digitalen Talkformat der FDP Baselland «Zukunftsfragen» stand Eptinger-Unternehmerin Damaris Buchenhorner am 15. Juni Red und Antwort. Damaris Buchenhorner wuchs in Aesch auf und hat an der Universität Basel einen Master of Advanced Studies in Marketingmanagement abgeschlossen. Seit 2010 arbeitet sie in der Mineralquelle Eptingen AG und ist heute als Leiterin Marketing & Kommunikation Mitglied der Geschäftsleitung und präsidiert zudem den Verwaltungsrat. In vierter Generation führt sie zusammen mit ihrem Mann Matthias Buchenhorner das Baselsbieter Traditionsunternehmen, das 1899 in Eptingen gegründet wurde.

Unter der Moderation von Anja Sciarra, Co-Redaktionsleiterin, Prime News gab die 35-Jährige persönliche Einblicke in ihren Berufsalltag. Dabei betonte sie, wie wichtig es ist, als Unternehmerin Verantwortung zu übernehmen und Entscheide zu fällen. Laut Damaris Buchenhorner besteht heute

in der Wirtschaft die Tendenz, sich hundertfach abzusichern, bevor Entscheide gefällt werden. Und weiter: «Als Unternehmerin geht das nicht. Ich muss mich festlegen und daher kommt es auch vor, dass ich auch einmal ins kalte Wasser springen muss.»

Ihr Berufsziel war ursprünglich Krankenschwester. Sie arbeitete dann aber bei einer Bank und dort hat sie ihren heutigen Mann, Matthias Buchenhorner kennen gelernt. Als dieser von seinem Vater den Betrieb in Eptingen übernommen hat, entschloss sie sich, zusammen mit ihm das Unternehmen zu führen. Rückblickend meinte sie: «Das war kein einfacher Entscheid, denn ich konnte mir auch gut vorstellen, in eine grosse Stadt ins Ausland zu ziehen. Ich musste mich also zuerst an den Gedanken gewöhnen, ins Oberbaselbiet zu ziehen und sozusagen zum Landei zu werden. Heute bin ich glücklich, so wie es ist.»

Sie bewies im Talk eine grosse Offenheit und schlug auch selbstkritische Töne an. So sei sie noch nicht zufrieden damit, wie rasch ihr Unternehmen neue Ideen in innovative Produkte umsetzte: «Wir haben viele gute Ideen im Unternehmen. Aber es dauert zu lange, bis aus diesen Ideen dann tatsächlich neue Produkte lanciert werden. Rasches und agiles Handeln ist vor allem darum auch so wichtig, da auch der Getränkemarkt schnelllebiger geworden ist.»

Wir haben in den letzten Jahren Schritt für Schritt Veränderungen umgesetzt, sagt die Mutter rückblickend. Dazu würden unter anderem eine direktere und transparentere Kommunikation sowie flachere Hierarchien gehören. Und weiter: «Bei all den Veränderungen war es mir und meinem Mann sehr wichtig, dass wir bodenständig bleiben und nie unsere Wurzeln vergessen.» Ein zentrales und grosses Veränderungsprojekt war der Ersatz der Wasserabfüllmaschine für Glasflaschen und das damit kombinierte Redesign der Flaschen und des Logos. «Die Unsicherheit über die Kundenreaktionen zum Rebranding war gross», erinnert sich Buchenhorner lebhaft. Und weiter: «Wir wussten nicht, wie die Konsumentinnen und Konsumenten auf den neuen Look reagieren? Was ist, wenn die Markenauffrischung zum Flop wird?» Trotz dieser Unsicherheiten und des Abratens der Marketingagentur habe man sich für das Rebranding entschieden. Und das Rebranding wurde laut der Unternehmerin zum vollen Erfolg: «Wir mussten feststellen, dass einige Leute, die neugestalteten Eptinger-Glasflaschen nicht retournierten, sondern zu Hause beispielsweise zur Blumenvase umfunktionierten. Das war natürlich ein grosses Kompliment an uns.» Zum Entscheid für das Rebranding habe vor allem das positive Bauchgefühl beigetragen. Und sicherlich gehöre bei solchen Entscheiden immer auch etwas Glück dazu, gibt Buchenhorner unverblümt zu.

FDP Baselland





# Jungfreisinnige reichen erfolgreich ihre Renteninitiative ein

Nun kämpfen sie mit JGLP und JSVP für sichere Renten

Wir Jungfreisinnigen haben am 16. Juli 2021 in Bundesbern mit rund 145 000 Unterschriften unsere Renteninitiative eingereicht. Die Initiative soll die Renten von uns Jungen sichern. Meine Generation glaubt heute leider nicht mehr daran, dass sie einmal noch eine Rente erhalten wird. Dieser Zustand ist für ein Land wie die Schweiz untragbar, weshalb wir unsere Initiative lanciert haben. Die Renteninitiative fordert eine Erhöhung des Rentenalters für beide Geschlechter auf 66 Jahre und eine anschliessende Anbindung des Rentenalters an die Lebenserwartung. Dieser Mechanismus ist in der Schweizer Politik bis jetzt der einzige Lösungsansatz, der die Finanzierung der Altersvorsorge tatsächlich nachhaltig sichert.

## Baselbiet soll Initiative annehmen

Als kantonale Jungpartei, die sich aktiv für die Renteninitiative engagiert hat, haben wir Jungfreisinnigen Baselland nun ein konkretes Ziel: Der Kanton Basel-Landschaft soll die Renteninitiative annehmen. Wir freuen uns sehr, dass wir dafür im Baselbiet mit den jungen Grünliberalen und der

jungen SVP zusammenarbeiten werden, deren Kantonssektionen bereits die Ja-Parole zur Initiative gefasst haben. Das Ziel ist es, gemeinsam mit der jungen GLP und der jungen SVP deren Mutterparteien zu überzeugen. Wenn wir dann noch die Mitte für uns gewinnen können, steht einer Annahme der Initiative im Baselbiet nichts mehr im Wege.

## Erfolgreiches Sammeln im Baselbiet trotz Corona

Das Unterschriftensammeln während der Pandemie war nicht nur einfach. Vor allem während den Shutdowns war dies zwischenzeitlich sehr herausfordernd. Dennoch blicken wir auf eine interessante und lehrreiche Zeit zurück, welche den Parteizusammenhalt noch mehr stärkte. Die Initiative kam bei der Baselbieter Bevölkerung gut an, sodass die Jungfreisinnigen Baselland einen grossen Unterschriftenbeitrag an die nationale Initiative leisten konnten. Jetzt geht es mit der Initiative in die nächste Phase und wir werden weiterhin alles geben, die Finanzierung der AHV ins Lot zu bringen.

**Lucio Sansano**  
Präsident Jungfreisinnige Baselland  
und Einwohnerrat FDP Reinach

# Es herrscht Handlungsbedarf

### Enkeltaugliche Lösungen für Altersvorsorge und Gesundheit

Im Nachgang zur grossangelegten Mitgliederbefragung hat die FDP Ziele und Forderungen für die Themenbereiche Altersvorsorge & Gesundheit erarbeitet. Die Positionen zeigen auf, was es braucht, damit künftige Generationen von gesicherten Renten und einem leistungsfähigen Gesundheitswesen profitieren können.

Die Themen Altersvorsorge und Gesundheit nehmen in Sorgenbarometern der Schweizerinnen und Schweizer regelmässig Spitzenplätze ein. Auch die Mitgliederbefragung, die die FDP im letzten Jahr durchführte, befasste sich mit diesen Themenbereichen. Die zahlreichen Inputs wurden aufgenommen und in Arbeitsgruppen diskutiert. Als erstes Resultat veröffentlichte die FDP diesen Sommer eine Broschüre mit Zielen und Forderungen. Damit zeigen wir auf, wie auch unsere Kinder und Enkelkinder noch von gesicherten Sozialwerken und einem hochwertigen Gesundheitswesen profitieren können. Das Drei-Säulen-System in der Altersvorsorge ist weltweit einzigartig und eine grosse Errungenschaft der Schweiz. Allerdings hat die Altersvorsorge unbestritten Reformbedarf.



#### Ziele der FDP

- › Flexibles Vorsorgesystem: Starre Systeme gehören der Vergangenheit an.
- › Die Nachhaltigkeit der Finanzierung muss im Zentrum stehen. Bei der Anlagepolitik in der Altersvorsorge werden auch ökologische Nachhaltigkeitsaspekte beachtet.
- › Schrittweise Abschaffung der Quersubventionierungen von Jung zu Alt in der beruflichen Vorsorge. Für Junge soll dies ab Eintritt stattfinden.
- › Ausgewogenheit: Die Arbeit darf nicht übermässig verteuert werden. Es braucht ausgewogene Massnahmen auf der Beitrags- und der Leistungsseite. Soziale Nachhaltigkeit erfordert insbesondere auch eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung.

#### Mittelfristige Forderungen

- › Erhöhung des Rentenalters auf 66 und schrittweise Anpassung an die Lebenserwartung. Es wird auf die verschiedenen Arbeitsrealitäten in der 1. und 2. Säule Rücksicht genommen.
- › BVG: Liechtensteiner Modell als möglicher Weg, mit keinem politisch beeinflussbaren Mindestumwandlungssatz oder Mindestzins, dafür einem Auftrag an die Vorsorgeeinrichtungen, prioritär für die Erreichung des verfassungsmässigen Ziels zu sorgen. Die Politik legt das Ziel fest, die Sozialpartner sind für die Umsetzung verantwortlich.
- › Freie Wahl der Pensionskasse, unter Einbezug des Arbeitgebers. Der Versicherte darf verstärkt – nämlich nicht nur über die Stiftungsräte seiner Pensionskasse, sondern auch als Einzelperson – bei der Anlagepolitik mitreden. Er ist zum Sparen gezwungen und sollte somit auch mitentscheiden können.
- › Abschaffung des Koordinationsabzugs in der beruflichen Vorsorge zwecks Verbesserung der Vorsorge von Teilzeiterwerbstätigen, insbesondere Frauen.
- › Einheitliche Beitragssätze für alle Generationen, um die Arbeitsmarktchancen älterer Arbeitnehmenden nicht zu untergraben. Harmonisierung der Zugangsbedingungen zu BVG und AHV.
- › Keine neuen Umverteilungsinstrumente zulasten der Jungen.
- › Neue Wege für die 3. Säule: Im Zentrum sollen dabei nicht nur Steuervorteile stehen.

#### Langfristige Forderung

- › Einführung einer zivilstandsunabhängigen Altersvorsorge, als Antwort auf die Sorgen der Frauen bzgl. Absicherung und als Antwort auf die gesellschaftlichen Entwicklungen. Das Rentensystem muss sich an der Geschlechtergleichheit und der Gleichwertigkeit unterschiedlicher Lebensformen ausrichten. Die Gesundheitsversorgung ist in der Schweiz von sehr hoher Qualität. Das hat die Corona-Krise deutlich gezeigt. Es ist die Aufgabe unserer Generation, dafür zu sorgen, dass auch unsere Kinder und Enkelkinder noch von denselben – im internationalen Vergleich führenden – Qualitätsstandards im Gesundheitswesen profitieren können. Ziele der FDP
- › Weg von der Kostenperspektive hin zu einer Preis-Leistungs-Diskussion. Dazu braucht es den Erhalt der Wahlfreiheiten bzgl. Leistungserbringer und Versicherer sowie mehr nutzenorientierten Wettbewerb dank mehr Qualitätstransparenz.
- › Bekämpfung der Nationalisierungstendenzen im Gesundheitswesen. Das föderale System im Gesundheitswesen wird unterstützt und gestärkt. Die bei der Einführung des KVG 1996 vorgesehenen Wettbewerbsselemente müssen beibehalten bzw. wiederhergestellt werden.
- › Verstärkung der überregionalen Zusammenarbeit von Spitälern. Zentralisierung nur dort, wo dadurch die Qualität verbessert werden kann. Überangebote werden abgebaut.
- › Förderung der individuellen Verantwortung für Gesundheit und Gesundheitsvorsorge.

### Mittelfristige Forderungen

- › Die den Tarifpartnern gewährte Freiheit muss erhalten bleiben, um Innovationen zu fördern. Keine Stärkung der Macht der Verwaltung. Anstatt die ambulante und stationäre medizinische Versorgung immer detaillierter zu planen, soll sich der Staat auf Massnahmen beschränken, welche die Versorgungssicherheit dort gewährleistet, wo der regulierte Wettbewerb gemäss KVG diese nicht sicherstellt.
- › Stärkung der Transparenz: Der Arzt muss über die Kosten informieren. Es braucht verlässliche Qualitätsindikatoren für die Leistungen.
- › Spitalplanung überdenken und Synergien zwischen öffentlichem und privatem Sektor besser nutzen. Die kantonale Logik verlassen, um auf regionaler Ebene zusammenzuarbeiten. Wettbewerb zwischen Spitälern auf Basis einheitlicher Qualitätskriterien, deren effektive Einhaltung kontrolliert wird. Eine Strukturhaltung über kantonale Subventionen («gemeinwirtschaftliche Leistungen») wird vehement bekämpft. Die Zuständigkeiten werden geklärt und die Sicherstellung der Versorgung erfolgt zunehmend von den Kantonsgrenzen losgelöst.
- › Digitalisierung im Gesundheitswesen vorantreiben. Der Bund legt die Rahmenbedingungen für eine sichere und einheitliche Dateninfrastruktur fest, definiert technische Standards und Transparenzanforderungen und garantiert Akteuren den Zugang und der Bevölkerung die Hoheit über ihre Daten. Gesundheitsdaten werden für Qualitätsverbesserungen genutzt und entsprechend erhoben. Das Thema Cyber Security im Gesundheitswesen wird sorgfältig angepackt.
- › 3.-Säule-Gelder können privilegiert für das individuelle Sparen für die Pflege im Alter verwendet werden.
- › Weg vom Numerus clausus: Die Zulassung zur medizinischen Ausbildung junger Menschen in der Schweiz wird neu geregelt.

### Langfristige Forderungen

- › Verlassen des derzeitigen Systems, das zu sehr auf «Silodenken» ausgerichtet ist, und den Patienten/die Patientin wieder in den Mittelpunkt stellen. Ob eine Leistung von einem/r Arzt/Ärztin, Apotheker/in oder einer Pflegefachkraft erbracht wird, sollte nicht mehr die zentrale Frage sein. Die Qualität der Dienstleistungen bleibt kontrolliert und garantiert.
- › Einführung eines ergebnisbasierten Vergütungssystems. Dabei muss die Wirtschaftlichkeit der Vergütung bewiesen und gesteigert werden.



«Unternehmen wir nichts, häuft sich bis 2045 ein AHV-Schuldenberg von 200 Mrd. Franken an.»

**Andri Silberschmidt**  
Nationalrat

### Nachgefragt bei Nationalrat Andri Silberschmidt

**Wie gelang es, die Antworten aus der Mitgliederbefragung in griffige Forderungen und Ziele zu verpacken?** Die Antworten zur Altersvorsorge waren relativ klar, weshalb es ein Einfaches war, daraus konkrete Forderungen abzuleiten. Etwas intensivere Diskussionen erforderten die Antworten zur Gesundheit: Es gab keine klaren Mehrheiten für oder gegen gewisse Reformen, was es erschwerte, konkrete Ziele zu formulieren. Der Arbeitsgruppe war es aber wichtig, die Altersvorsorge nachhaltig zu finanzieren und die Qualität unseres Gesundheitswesens zu erhalten. Am Ende gelang es uns, jeweils acht Forderungen zu formulieren, welche sowohl die Altersvorsorge als auch das Gesundheitswesen enkeltauglich machen sollen.

**Reformen in der Altersvorsorge sind kaum umsetzbar. Wie können die Forderungen und Ziele der FDP einen Beitrag leisten?** Anders als die linken Enteignungsräume – erst kürzlich meinte Grünen-Nationalrätin Katharina Prelicz-Huber in einem Streitgespräch mit mir, sie wolle das BVG in die AHV überführen – präsentiert die FDP realistische Reformvorschläge, welche unsere Altersvorsorge nachhaltig

sichern. Denn unternehmen wir nichts, häuft sich bis 2045 ein AHV-Schuldenberg von 200 Mrd. Franken an und die systemfremde Umverteilung im BVG geht weiter.

**Im Gesundheitswesen schmerzen insbesondere die Prämienkosten. Wie können die Forderungen der FDP diesem Problem entgegenwirken?** Zentral ist die konsequente Digitalisierung des Gesundheitswesens diesbezüglich ist die Schweiz heute ein Entwicklungsland. Mit einer flächendeckenden und einheitlichen Dateninfrastruktur sollen sich die einzelnen Leistungserbringer digital vernetzen können, was die Effizienz steigern und die Kosten bei besserer Qualität senken soll.

**Die Broschüre «Altersvorsorge & Gesundheit» bietet eine gute Übersicht über die FDP-Positionen. Wie können diese nun im Parlament umgesetzt werden?**

Die Broschüre ist ein klarer Auftrag und enthält konkrete Forderungen, die nun durch uns Parlamentarierinnen und Parlamentarier ins Parlament getragen werden müssen. Dort gilt es, breit abgestützte Vorstösse zu lancieren, Mehrheiten zu bilden und so das Ziel einer nachhaltig finanzierten Altersvorsorge sowie eines patientenorientierten Gesundheitssystems zu erreichen.

FDP-Präsidentin Petra Gössi spricht an der DV in Martigny zu den Delegierten.



# «Persönliche Begegnungen waren mir am liebsten»

Petra Gössi blickt zurück

Am 2. Oktober wählen die Delegierten die Nachfolge von Parteipräsidentin Petra Gössi. Im Interview spricht sie über die Freuden und Entbehrungen des Amtes und weshalb die freisinnige Debattenkultur positiv ist.

**Im April 2016 wurdest du zur FDP-Präsidentin gewählt. Mit welchen Erwartungen und Zielen hast du das Amt angetreten?** Ich wollte gestalten und gemeinsam mit den Mitgliedern unsere Ziele erreichen. Wichtig war mir auch der rege Austausch mit der Basis, wobei ich viele Rückmeldungen erhielt. Wir konnten zweimal die Meinung der Basis in Befragungen abholen, was mir ein grosses Anliegen war. Ich wünsche mir auch, dass dieser Austausch weiter besteht. Meines Erachtens diskutieren wir wieder intensiver über Themen. Es

gab lebendige Delegiertenversammlungen mit Anträgen und Debatten. Das zeigte sich auch in der Umweltpolitik. Die Partei lebt von solchen Diskussionen.

**Was konntest du nicht wie gewünscht umsetzen?** Eine tragfähige Reform der Altersvorsorge liess sich bis jetzt leider nicht umsetzen. Aus meiner Sicht ist die Altersvorsorge eines der dringendsten Themen und ich freue mich, dass mit der Renteninitiative der Jungfreisinnigen und den Bestre-

bungen im Parlament die Thematik an Gewicht gewinnt. Ebenfalls etwas zu kurz gekommen, ist ein umfassendes Sicherheitspapier, auch im Hinblick auf die neuen Kampfflugzeuge. In diesen Fragen muss die FDP ihre Position wieder kerniger markieren.

**Welche Aspekte des Amtes haben dich überrascht?** Theoretisch weiss man um die zeitliche Beanspruchung, man spürt sie aber erst, wenn man mittendrin steckt. Die ständige Verfügbarkeit für die Medien nimmt viel Zeit in Anspruch. Diese Erfahrungen waren nicht überraschend, aber dennoch intensiv. Positiv überrascht hat mich die Energie, die man im Austausch mit den Leuten erhält. Die unzähligen Begegnungen fand ich super.

Durch Corona fielen diese weitgehend weg, was sehr schade war. Digitale Sitzungen funktionieren für Informationsvermittlung, aber nicht, um etwas voranzutreiben.

**Was hat dich bei den vielen persönlichen Begegnungen besonders geprägt?** Die Vielfalt der Schweiz zu erleben, war sehr bereichernd. Die vielen Unterschiede, aber auch die Gemeinsamkeiten. Ich habe festgestellt, dass alle Schweizerinnen und Schweizer extrem stolz auf ihren Herkunftsort sind, sei es im Jura, im Tessin oder in Appenzell-Ausserrhoden. Auch die vielen Bräuche, die ich kennenlernen durfte, waren spannend. All diese Treffen und Begegnung waren meine liebsten Aufgaben. Ich bedaure einzig, dass ich immer noch nie an einer Landsgemeinde war.

**Das Amt als Parteipräsidentin ist hochintensiv, gleichzeitig gibt es für dich ein berufliches und privates Leben neben der Politik. Wie hat dieser Spagat funktioniert?** Das ist eine reine Organisationsfrage. Aber man muss sich bewusst sein, dass wir in einem Milizsystem leben. Mir war es wichtig, dass ich meinen Lebensunterhalt nicht mit der Politik verdiene und meine Unabhängigkeit bewahre. Deshalb ist jetzt nach 5,5 Jahren die Zeit gekommen, das Amt weiterzugeben und mich neu auszurichten. Grundsätzlich ist es aber kein Spagat, wenn man die Dinge gerne tut und sich bewusst dafür entscheidet.

**Du hast in den letzten fünf Jahren unzählige Sektionen besucht. Was für eine FDP hast du kennen gelernt?** Unsere Parteimitglieder brennen für liberale Ideen und bringen sich gerne ein. Sie wollen abgeholt werden und mitreden. Das war überall deutlich zu spüren. Freisinnige übernehmen Verantwortung, erwarten dies aber auch von anderen. Bei vielen Anlässen fand ein spannender Austausch über Ideen und Visionen, aber auch Alltägliches statt.

**Die FDP verfügt über eine ausgeprägte Diskussionskultur. Wie kann diese positiv genutzt werden?** Die Medien berichten gerne über parteiinterne Uneinigheiten. Dies wäre nicht mehr möglich, wenn wir uns auf gemeinsame Regeln verständigen. Konkret, dass Mehrheitsentscheide akzeptiert werden. Im Vorfeld sollen und müssen Debatten stattfinden, das ist keinesfalls eine Schwäche. Ist ein Entscheid aber gefällt, soll er von allen respektiert werden. Schliesslich sind jeweils alle unsere Gremien in die Entscheidungsfindung involviert. Wichtig ist auch, dass unsere Exponenten Entscheide bis auf Stufe Ortsparteien hineinragen und unsere Argumente aufzeigen. Dies müssen wir noch verbessern.



**Ist es für die FDP besonders herausfordernd die eigenen Positionen zu verkaufen?** Wir vertreten keine Maximalforderungen und versuchen oft, Brücken zu schlagen. Das ist in der Öffentlichkeit schwieriger zu portieren. Deshalb ist es wichtig, dass wir weiterhin auf unsere Kommunikationskanäle setzen, damit unsere Standpunkte bis zu allen Mitgliedern durchdringen. Diese Fähigkeit konnten wir in den letzten Jahren bereits stärken, sie lässt sich aber noch ausbauen.

**Der Rücktrittsentscheid wurde insbesondere von zahlreichen Frauen bedauert. Hat dich das überrascht?** So deutlich habe ich das nicht wahrgenommen. Aber es überrascht mich nicht, weil wir mit Bundesrätin Karin Keller-Sutter und mir zwei bekannte Aushängeschilder haben. Frauen brauchen oft Vorbilder und fürchten vielleicht, dass in der FDP nun eine Vorbildfunktion wegfällt. Die FDP ist punkto Frauen aber gut aufgestellt. Wir haben mit Karin Keller-Sutter eine hervorragende Bundesrätin und mit Fanny Noghero eine Generalsekretärin. Das stärkste Signal ist jedoch, wenn Frauen selbstverständlich in Führungspositionen sind. Dann bringen wir auch vermehrt Frauen auf unsere Listen und in Gremien.

**Was bedeutet ein neuer Präsident oder eine neue Präsidentin für die Positionen der FDP?** Es ist klar, dass meine Nachfolge eine eigene Persönlichkeit mitbringt. Bezüglich der inhaltlichen Positionierung ist es nicht der Präsident oder die Präsidentin, die bestimmen, sondern die Delegierten. Diese

ändern nicht und haben die bisherigen Positionen gestützt. Ansonsten wären entsprechende Anträge bereits gekommen. Mir ist wichtig, dass das breite Themenspektrum der FDP bestehen bleibt. Unsere bewährten Kernkompetenzen zu pflegen, heisst nicht, andere Themen zu vernachlässigen.

**Was wirst du vermissen?** An vorderster Front mitgestalten und der ständige Kontakt mit unseren Mitgliedern.

**Was nicht?** Die ständige Verfügbarkeit für die Medien. Ich freue mich auf entspannte Wochenenden, an denen ich nicht erreichbar bin.

**Am 2. Oktober wird deine Nachfolgerin oder dein Nachfolger gewählt. Welchen Rat gibst du ihr oder ihm?** Authentisch und sich selbst bleiben. Sich mit Feuer für die Partei einsetzen und für eigene Überzeugungen kämpfen. Und natürlich eine dicke Haut haben, wenn die Medien Kritik üben. Wichtig ist auch, sich mit einem guten Team zu umgeben.

**Was möchtest du der FDP-Familie zum Abschied auf den Weg geben?** Jetzt haben wir noch zwei Jahre, um mit vollem Einsatz zu kämpfen. Dann können wir an den eidgenössischen Wahlen gewinnen. Dafür brauchen wir Bereitschaft, aufeinander zuzugehen und gemeinsam für unsere Sache zu kämpfen. Wir haben es selbst in der Hand und können unsere Zukunft gestalten.

**Interview: Marco Wölfli**

## Delegiertenversammlung

Mehr als 200 Delegierte fanden sich in Martigny ein.  
Fotos: Désirée Dittes



### Wiedersehen in Martigny

Delegierte treffen sich wieder persönlich

Die Freude über den direkten Austausch war bei allen Freisinnigen spürbar. Die Delegierten fassten deutlich die Ja-Parole zur Ehe für alle und ebenso deutlich die Nein-Parole zur 99%-Initiative.

Knapp eineinhalb Jahre nach der letzten physischen Delegiertenversammlung trafen sich die Delegierten der FDP Schweiz wieder persönlich in Martigny VS um die Abstimmungen von September zu diskutieren. Parteipräsidentin Petra Gössi betonte bei ihrer Rede die Bedeutung der FDP als Volkspartei, die sich mit allen Themenbereichen befasst: «Antworten auf politische Fragen lassen sich am besten finden, wenn wir uns nicht scheuen, einen Ideenwettbewerb in Gang zu bringen. Wir als FDP haben es mehr als alle anderen Parteien in unserem liberalen Erbgut, diesen Ideenwettbewerb zu nutzen, um die Wähler wieder stärker für uns zu gewinnen.»

#### Ja zur Ehe für alle

Kern des Liberalismus ist die Überzeugung, dass alle Menschen ihr Leben so gestalten können, wie

sie es für richtig halten. Dies gilt auch und insbesondere für das Privatleben. Die Ehe für alle ist ein wichtiger Schritt in Richtung Gleichberechtigung gleichgeschlechtlicher Paare. FDP-Nationalrat Damien Cottier als Befürworter sowie SVP-Nationalrat Jean-Luc Addor, Mitglied des Referendumskomitees, präsentierten der DV die Argumente. Schliesslich unterstützten die Delegierten diese liberale und progressive Vorlage deutlich mit 211 Ja zu 21 Nein bei 21 Enthaltungen.

#### Nein zur 99%-Initiative

Die Volksinitiative «Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern» (99%-Initiative) wurde von der Juso lanciert und fordert, dass die Kapitaleinkommen ab einem gewissen Schwellenwert eineinhalbmal so stark zu besteuern seien wie Lohninkommen. Die Annahme der 99%-Initiative würde eine



Traktandiert waren Parolenfassungen und Informationen zu den Themen Altersvorsorge & Gesundheit.



Parteipräsidentin Petra Gössi begrüßte die Delegierten im Wallis.



Matthias Müller, Präsident der Jungfreisinnigen, diskutiert engagiert.



Bundesrätin Karin Keller-Sutter nutzte die Gelegenheit für eine persönliche Botschaft.



Florian Piasenta, Präsident FDP Wallis, fungierte als Gastgeber.



Persönliche Begegnungen standen im Zentrum.



Nationalrat Damien Cottier weibelte für die Ehe für alle.



Generalsekretärin Fanny Noghero verabschiedete Kampagnenleiter Marcel Schuler.

massiv höhere Steuerlast für Investoren, Unternehmer, Sparer und Gutverdienende bedeuten und der Attraktivität des Standorts Schweiz schaden. Die Folgen wären schrumpfende Investitionen sowie weniger Innovation und Unternehmergeist. Die Delegierten der FDP Schweiz haben die gravierenden Mängel dieser Initiative erkannt und fassten nach einer Debatte zwischen Juso-Präsidentin Ronja Jansen und Nicolas Jutzet, Vizepräsident der Jungfreisinnigen, die Nein-Parole mit 2 Ja : 242 Nein : 6 Enthaltungen. Die nächste Delegiertenversammlung findet am 2. Oktober in Biel statt.



Nicolas Jutzet, Jungfreisinnige, debattierte mit Juso-Präsidentin Ronja Jansen.



Nationalrätin Isabelle Moret gab den Medien Auskunft.

Der Freisinn vom September 2001 atmet Zeitgeschichte.



Vor 20 Jahren waren Farbfotos noch deutlich weniger verbreitet.

Der Freisinn, der vor 20 Jahren erschien, befasste sich mit Steuerthemen, dem UNO-Beitritt und Basel. Ein Blick ins Archiv offenbart, was die Schweiz und die FDP damals bewegte.

Noch bevor islamistische Terroristen am 11. September 2001 die USA angriffen und die Welt erschütterten, erschien die September-Ausgabe des Schweizer Freisinns. Die Aufmacherstory war ein Text des damaligen Zürcher Nationalrats Rolf Hegetschweiler über die Grundstückgewinnsteuer. Mit präzisen Argumenten sezitiert er die Unsinnigkeit dieser Steuer und fordert deren Abschaffung. 20 Jahre später stellen wir fest, dass Hegetschweilers Bemühungen nicht gefruchtet haben. Die Grundstückgewinnsteuer ist auch heute noch in allen Kantonen in Kraft. Bedingte Ausnahme ist der Kanton Genf, wo die Grundstückgewinnsteuer entfällt, wenn zwischen Kauf und Verkauf eines Grundstücks 25 Jahre liegen. Erfolgreicher war das Engagement der FDP gegen die Volksinitiative «Für eine Kapitalgewinnsteuer». Der Freisinn blickte auf die DV in Herisau zurück, an der die Nein-Parole gefasst wurde. Die Abstimmung im Dezember 2001 wurde schliesslich mit 67% Nein-Stimmen klar gewonnen.

### UNO und Basel-Stadt

Der Blick in den Freisinn vom September 2001 zeigt auch, was die Schweizer Politik damals bewegte. So zum Beispiel die Frage des UNO-Beitritts der Schweiz. Im Freisinn erläuterte der Aargauer Nationalrat Ulrich Fischer, weshalb ein UNO-Beitritt der Schweiz die Neutralität nicht verletzen würden. Auch in dieser Frage folgte die Schweizer Bevölkerung ein halbes Jahr später der Position der FDP und sagte Ja zum UNO-Beitritt der Schweiz.

Ein grosses Thema war auch Basel-Stadt und zwar gleich zweimal. Zum einen feierte Basel-Stadt im 2001 500-jährige Mitgliedschaft in der Eidgenossenschaft. Dazu verfasste der Basler Freisinnige Markus Grolimund eine Rückschau und erklärte, weshalb sich die neue Verfassung des Stadtkantons verspätet. Aus Sicht der Basler FDP noch fast wichtiger, war der «Beitritt» zum Schweizer Freisinn. Die Kantonalpartei entschied sich demnach aus ökonomischen und ökologischen

Gründen dafür, auf den Schweizer Freisinn zu setzen. Auch 20 Jahre später erscheint der Basler Freisinn immer noch mit einem kantonalen Teil und Inhalten aus dem Schweizer Freisinn. Wer durch den Freisinn aus dem September 2001 blättert, erkennt direkte Linien von damaligen politischen Diskussionen zu heute, wie beispielsweise der Mutterschaftsurlaub zu den aktuellen Elternzeit-Forderungen. Daneben gibt es auch Themen, die nahezu unverändert immer noch aktuell sind, sei es in der Schweizer Politlandschaft oder innerhalb der FDP.

Marco Wölfli

Scannen Sie den QR-Code mit der Kamera Ihres Smartphones und lesen Sie die ganze Freisinn-Ausgabe vom September 2001.





# Gewichtige Entscheide im Dauertakt

## Vorschau auf die Herbstsession

Die Fülle an gewichtigen Geschäften in der Herbstsession zeigt den enormen Handlungsbedarf in diversen politischen Brennpunkten von der Vorsorge über die Klimapolitik bis zu diversen zentralen Entscheiden, die für den Wirtschaftsstandort von grosser Bedeutung sind. Die FDP-Liberale-Fraktion wird auch in dieser Session an vorderster Front dafür kämpfen, dass diese wichtigen Reformen zum Erfolg geführt werden.

Nach der ersten Beratungsrunde der AHV21 in beiden Räten, geht es nun in dieser Session an die dringliche Differenzbereinigung; denn die Zeit drängt. Zentral wird dabei sein, dass sich die bürgerlichen Parteien in beiden Räten auf eine gemeinsame Lösung für die Ausgleichsmassnahmen für die Angleichung des Frauenrentenalters einigen: Sie sollen vor allem Frauen mit tiefsten Einkommen zugute kommen, die finanziellen Verbesserungen der AHV-Umlagerechnung aber auch nicht gleich wieder zunichte machen.

### Konstruktive Europapolitik

Nach dem Abbruch der Verhandlungen zum Rahmenabkommen hat sich die europapolitische Ausgangslage für die Schweiz markant verändert. Um

für die Zukunft der bilateralen Beziehungen mit der EU eine positive Grundlage zu schaffen, will der Bundesrat rasch die Deblockierung des zweiten Schweizer Kohäsionsbeitrags (jährlich ca. 120 Mio. (nicht trennen) Franken, über zehn Jahre) an Projekte in ausgewählten EU-Mitgliedstaaten vorantreiben. Darum soll in der Herbstsession die Vorlage im dringlichen Verfahren behandelt werden. Die FDP befürwortet diesen Ansatz. Die Freigabe ist die logische Weiterführung der von BR Cassis eingeleiteten, proaktiven Massnahmen, um den Beziehungen mit der EU neue, konstruktive Impulse zu geben.

### Klimaschutz fortführen

Wie beim Rahmenabkommen steht die Schweiz

Die Herbstsession findet vom 13. September bis zum 1. Oktober statt.

auch bei der Klimapolitik vor einer neuen Ausgangslage, nachdem die Volksabstimmung zum neuen CO<sub>2</sub>-Gesetz abgelehnt wurde. Dank der FDP konnte aber bereits rasch eine Übergangsgesetzgebung erarbeitet werden, die die heutigen, unbestrittenen Massnahmen weiterführt. Das ist zwingend, um eine Gesetzeslücke und umweltpolitische Rückschritte zu verhindern, und den Klimaschutz in der Schweiz fortzuführen.

### Wirtschaftsfreundlichkeit ist gefragt

Ein ganzes Bündel an unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Reformen, die alle auf langjährige FDP-Forderungen zurückgehen, ist in beiden Räten in der Herbstsession traktandiert. Dieses umfasst u. a. die Abschaffung der Industriezölle, die Abschaffung einer weiteren Stempelabgabe und die Abschaffung der Verrechnungssteuer auf inländischen Zinsen. Ob diese Massnahmen für eine Reduktion der Abgabenlast und zugunsten eines attraktiven Unternehmensstandortes tatsächlich Mehrheiten finden, ist aber leider alles andere als klar. Umso mehr sind neben der FDP alle bürgerlichen Parteien gefordert, den wirtschaftspolitischen Tatbeweis zu liefern und die Rahmenbedingungen gerade im Wiederaufbau nach der Corona-Krise mit konkreten Massnahmen tatsächlich zu verbessern.

### Beat Walti

Fraktionspräsident und Nationalrat ZH

## Abstimmung

Der Luzerner Ständerat Damian Müller engagiert sich gegen die 99%-Initiative.

Foto: Désirée Dittes



Die Jungsozialisten attackieren mit ihrer neuesten Initiative einmal mehr erfolgreiche Schweizer Firmen. Wir müssen diesem ideologisch motivierten Klassenkampf entschieden entgegentreten. Denn unsere KMU sind keine Abzocker, sondern sorgen für hochwertige Produkte und Dienstleistungen, bieten Arbeitsplätze und tätigen Investitionen.

Wieder einmal skandieren die Jungsozialisten (Juso) den Klassenkampf. Wieder einmal bedient sich die Linke der immer gleichen Klischees und behauptet keck, es sei doch genügend Geld da für ihre Begehrlichkeiten. Nur: Dieses Geld ist nicht einfach da, sondern es gehört jemandem. Wollen wir wirklich der Enteignung von privaten Vermögen und massiver staatlicher Umverteilung zustimmen? Bereits mehrere Male haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger den Ansinnen der Juso an der Urne eine Abfuhr erteilt. Doch das hält diese nicht von immer neuen Forderungen ab. Diesmal behaupten die Initianten, dass nur ein Prozent der Bevölkerung von ihren Begehrlichkeiten betroffen wäre. Das ist schlicht falsch: Auch Hauseigentümerinnen und -eigentümer, Kleinsparer, Landwirte sowie Start-ups und Unternehmer müssten nach dem Willen der Juso substanziell mehr Steuern bezahlen. Die Initiative verlangt nämlich, dass Kapitalerträge immer zu 100 Prozent als Einkommen zu versteuern sind. Wer eine Aktie mit etwas Gewinn verkauft, erzielt eine Erhöhung seines steuerbaren Einkommens. Wer das im grösseren Rahmen tut

und den Schwellenwert von 100 000 Franken erreicht, müsste auf jeden gewinnbringend erwirtschafteten Franken einen fiktiven Steuerbetrag in der Höhe von 50 Prozent zahlen.

### Kapital wird bereits heute vierfach besteuert

Besonders unehrlich ist, dass die Initianten so tun, als würden solche Erträge nicht schon heute massiv besteuert. Es gibt in der Schweiz bereits eine vierfache Besteuerung von Kapital: Kapitalsteuern, Gewinnsteuern, Einkommensteuern auf Dividenden sowie die Vermögenssteuer. Das ist im Vergleich der Industrieländer eine überdurchschnittlich starke Besteuerung von Kapitaleinkommen. Vom sogenannten «Steuerdumping», von dem die Initiantinnen und Initianten ständig reden, also keine Spur.

Insbesondere KMU wären von der 99%-Initiative stark betroffen. Wer persönliches Vermögen in einem Betrieb gebunden hat, würde zur Kasse gebeten. Zusätzlich zur Vermögens- und Gewinnsteuer müssten dann auch Dividenden zu 100 Prozent oder gar 150 Prozent besteuert werden. Das

trifft alle Firmeninhaberinnen und -inhaber, die mehr als 10 Prozent am eigenen Betrieb halten. Im Gegensatz zu den Vorstellungen der Initianten sind dies aber nicht in erster Linie Menschen mit Milliardenunternehmen, sondern vorab KMU wie Präzisionswerkzeughersteller, Schreinereien oder Landwirtschaftsbetriebe. Wer erfolgreich wirtschaftet, müsste auf seine Dividenden statt 70 Prozent neu bis zu 150 Prozent Steuern zahlen. Dieses Geld fehlt dann logischerweise im Betrieb und schwächt die Innovationsfähigkeit empfindlich.

Zum Klumpenrisiko würde auch jede Betriebsübergabe. Die Nachfolgefrage in Familienunternehmen ist bereits heute ein Knackpunkt. Da jedes erfolgreiche Unternehmen im Laufe einer Generation an Wert gewinnt, würde die zusätzliche Besteuerung entweder weniger Erlös oder einen höheren Kaufbetrag bedeuten. Denn künftig würde die erzielte Wertsteigerung bis zu 150 Prozent als Einkommen besteuert. So ist diese Initiative höchst wirtschaftsfeindlich, weil sie den Kern des Unternehmertums angreift und die Substanz von Firmen schwächt. Die Initianten zielen angeblich nur auf das reichste ein Prozent ab – in Wahrheit würden aber alle zur Kasse gebeten, die erfolgreich wirtschaften. Deshalb ist es wichtig, am 26. September ein deutliches Zeichen gegen den Klassenkampf zu setzen und die Initiative zu versenken.

**Damian Müller, Ständerat LU**

Bundesrätin Karin Keller-Sutter sprach an der Delegiertenversammlung in Martigny auch über die Ehe für alle.  
Foto: Désirée Dittes



# «Es ist nicht am Staat, Sitten zu diktieren»

## Justizministerin zur Ehe für alle

Bundesrätin Karin Keller-Sutter nennt im Interview mit dem Freisinn die Gründe für ein Ja am 26. September 2021 zur Vorlage Ehe für alle.

**Die Zahl der Eheschliessungen in der Schweiz nimmt seit 2010 tendenziell ab. Wieso braucht es die Ehe für alle noch?** Es waren in den 70er-Jahren auch schon weniger Hochzeiten. Interessant ist doch, dass diese Zahl in der Schweiz verhältnismässig stabil ist: Die Ehe bleibt populär, auch wenn wir heute auch andere Formen des Zusammenlebens kennen. Zwei Frauen oder zwei Männer können etwa eine eingetragene Partnerschaft eingehen. Diese ist der Ehe aber nicht gleichgestellt. Sie hat nicht die gleiche Symbolik und es bestehen nach wie vor auch rechtliche Unterschiede, etwa bei der Adoption von Kindern, beim Zugang zur Fortpflanzungsmedizin sowie bei der Einbürgerung.

**Ist die Ehe für alle mit der Verfassung vereinbar?** Die Frage ist legitim, weil es dazu unterschiedliche Meinungen gibt. Sowohl der Bundesrat als auch das Parlament haben sich mit dieser Frage intensiv auseinandergesetzt: Gutachten wurden eingeholt und Experten angehört. Beide sind zum Schluss

gekommen, dass eine Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare keine Verfassungsänderung erfordert. Die Verfassung definiert die Ehe nicht als Verbindung zwischen Frau und Mann.

**Viele sagen, ein Kind brauche Mutter und Vater. Mit der Ehe für alle wäre dies erstmals anders.** Nein, das wäre nichts Neues. In der Schweiz werden 40 Prozent der Ehen geschieden. 20 Prozent der Kinder leben heute in nicht-klassischen Familien. Jedes siebte Kind wächst bei nur einem Elternteil auf. Bereits heute ist für Paare in eingetragener Partnerschaft die Stiefkindadoption möglich. Kinder brauchen zuallererst verlässliche Beziehungen zu Menschen, die sie begleiten und ihnen ein Umfeld bieten, in dem sie Liebe und Geborgenheit erfahren können.

**Die Gegner monieren, dass die Ehe für alle der Zwischenschritt zur Zulassung der Eizellenspende und Leihmutterschaft ist. Stimmt das?** Nein, es sind hier

keine weiteren Anpassungen vorgesehen. Die anonyme Samenspende und die Eizellenspende bleiben für alle Paare verboten, das Verbot der Leihmutterschaft steht sogar in der Verfassung. Damit haben alle Ehepaare, auch gleichgeschlechtliche, im Bereich der Fortpflanzungsmedizin die gleichen Rechte.

**Mit der Öffnung der Samenspende wissen Kinder von zwei Frauen nicht mehr, wer der Vater ist.** Kinder haben ein Recht zu wissen, wo sie herkommen, das ist sogar in der Verfassung verankert. Das ist mir sehr wichtig. Darauf hat auch der Bundesrat in den parlamentarischen Beratungen gepocht. Der Ständerat hat dann eine gute Lösung gefunden, die dieses Recht sicherstellt: Bei der gesetzlich geregelten Samenspende von verheirateten Frauenpaaren wird jede Spende registriert. Jedes Kind kann mit 18 Jahren Einsicht in dieses Register verlangen. Anonyme Samenspenden bleiben in der Schweiz hingegen zu Recht verboten.

**Die Schweiz gehört in Westeuropa zu den letzten Ländern, die die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare öffnet. Wie kommt das?** Ich bin der liberalen Überzeugung, dass der Wandel aus der Gesellschaft kommen muss. Wenn der Wandel reif ist, dann folgt die staatliche Gesetzgebung. Es ist nicht am Staat, Verhaltensweisen und Sitten zu diktieren. Die Forderung nach der Ehe für alle ist in der Gesellschaft gewachsen. Wir sehen, dass sie in dieser Frage heute viel offener ist als noch vor einigen Jahren.

**Weshalb ist die Ehe für alle ein typisch freisinniges Anliegen?** Am Ende ist die zivile Ehe ein Vertrag zwischen zwei Menschen, die sich lieben. Der Staat soll private Beziehungen nicht werten und den Menschen also auch nicht vorschreiben, wie sie ihr Paar- und Familienleben zu gestalten haben. Es gibt keinen Grund, diesen Vertrag nicht allen anzubieten. Der Staat lässt damit allen die Wahlfreiheit. Für die Ehe zwischen Frau und Mann ändert sich zudem nichts, es entsteht niemandem ein Nachteil. Ich finde, das ist eine liberale Kernforderung.

**Sie sind seit 32 Jahren verheiratet. Würden Sie im Fall eines Ja zur Ehe für alle gleichgeschlechtlichen Paaren die Heirat empfehlen?** Es ist nicht an mir als Bundesrätin, Ratschläge in Ehefragen zu erteilen, und schon gar nicht als Liberale (lacht). Jedes Paar soll die Form des Zusammenlebens selbst bestimmen. Ich kann nur für mich selbst reden: Die Heirat war für mich nie einfach eine juristische Sache, sondern eine Liebesheirat. Mir war auch die Symbolik wichtig.

Interview: Mario Epp

«Wenn der gesellschaftliche Wandel reif ist, folgt die staatliche Gesetzgebung.»

Der Neubau von Lehner Versand wird nächstes Jahr fertiggestellt.



Die Fotovoltaik-Anlage produziert Strom für 54 Haushalte.



Thomas Meier ist Geschäftsführer und Mitinhaber von Lehner Versand.



Lehner Versand verschickt rund 1 Mio. Pakete pro Jahr.

Thomas Meier führt das Handelsunternehmen Lehner Versand und politisiert für die FDP im Luzerner Kantonsrat. Er setzt auf nachhaltige Lösungen, die auf Freiwilligkeit beruhen.

Onlinehändler gehörten in den letzten Monaten zu den grossen Gewinnern. Aufgrund geschlossener Läden und Grenzen boomte der Einkauf im Internet. Davon profitieren nicht nur grosse Anbieter, sondern auch kleinere Händler wie beispielsweise Lehner Versand. Wobei das Familienunternehmen mit Sitz im luzernischen Schenkon als Omnichannel-Anbieter fungiert und auch über neun stationäre Läden in der ganzen Schweiz verfügt. Thomas Meier ist seit zwölf Jahren Geschäftsführer und Mitinhaber von Lehner Versand und hat das Unternehmen seither deutlich vergrössert. Mittlerweile verschickt das Unternehmen rund 1 Mio. Pakete von seinem Verteilzentrum in Schenkon in die ganze Schweiz. Zum Angebot gehören insbesondere Kleider, Bettwaren und Haushaltartikel. Die 320 Mitarbeiter erwirtschaften mittlerweile rund 100 Mio. Umsatz, und Lehner Versand hat noch Grosses vor.

### Neubau bald in Betrieb

Derzeit entsteht auf dem Areal entlang der Autobahn A2 ein 30 Meter hohes Hochregallager, das das Wachstum auffangen soll. Der Neubau, der nächstes Jahr in Betrieb gehen soll, besticht nicht nur durch seine Grösse, sondern auch durch eine

einzigartige Fassade aus Fotovoltaik-Panels. Eine solche Installation gibt es bisher in der Schweiz nicht und unterstreicht die Ambitionen von Lehner Versand, Ökonomie und Ökologie zu kombinieren. Thomas Meier setzt seit langem auf Innovationen, die sein Unternehmen nachhaltiger machen, wobei die Massnahmen sinnvoll sein müssen. «Wir rechnen alles durch und setzen es um, wenn es sich lohnt», so Meier. Bereits auf dem aktuellen Gebäude verfügt Lehner Versand über eine Photovoltaik-Anlage, die Strom für 54 Haushalte produziert. Auch bei der Mobilität setzt Lehner Versand auf umweltfreundliche Lösungen. Auf der letzten Meile werden die Pakete mit Elektrofahrzeugen transportiert. Zudem steht am Hauptsitz in Schenkon für Kunden und Mitarbeiter eine E-Tankstelle zur Verfügung. Bei deren Installation war sie die erste E-Tankstelle in der Zentralschweiz. Geheizt werden die Gebäude von Lehner Versand mit einer Grundwasserpumpe, womit sich das Unternehmen den jährlichen Einkauf von 40 000 Litern Heizöl sparte.

### Nachhaltigkeit durch das Steuergesetz

Für Meier sind umweltfreundliche Massnahmen sinnvoll, wenn sie auf Freiwilligkeit basieren und

einen konkreten Nutzen bringen. Diese Haltung vertritt er auch im Luzerner Kantonsrat, wo er seit gut zwei Jahren für die FDP politisiert. Im Kantonsparlament hat er sich auf Vorstösse in den Bereichen Ökologie und Nachhaltigkeit spezialisiert. Für Meier bietet zum Beispiel das Steuerrecht Möglichkeiten für ökologische Massnahmen. So kann heute eine Wärmedämmung eines Gebäudes nur zu 50% von den Steuern abgezogen werden, ein herkömmlicher Pinselanstrich dagegen zu 100%. Ebenfalls setzt sich Meier dafür ein, dass bei der Nutzung von Grundwasser zu thermischen Zwecken keine Konzessionsgebühren mehr anfallen. Damit sollen Anreize zum Umstieg von Ölheizungen zu umweltfreundlichen Heizsystemen geschaffen werden. Der Luzerner Unternehmer wird sich auch künftig bei Lehner Versand und in der Politik für nachhaltige Lösungen einsetzen und damit aufzeigen, dass wirtschaftliches Handeln nicht im Widerspruch zu Umweltfreundlichkeit stehen muss.

Marco Wölfli

Der lange Kampf für die Ehe für alle steht kurz vor dem Ziel.



# Gleiche Rechte für alle!

«Love is liberal»

**Wir stehen vor einer historischen Entscheidung: Am 26. September stimmt das Volk über die Ehe für alle ab. Die Gegner wollen, dass die Ehe Mann und Frau vorbehalten bleibt. Die Befürworter fordern die Abschaffung der Diskriminierung.**

Kritiker der gleichgeschlechtlichen Ehe argumentieren, dass die Ehe als Union zwischen Mann und Frau definiert ist. Dies zu ändern, würde der Natur widersprechen und sowohl die Institution Ehe als auch deren Rolle in der Gesellschaft untergraben. Eine Legalisierung würde die Fortpflanzung als zentrale Aufgabe der Ehe ignorieren. Dabei gibt es gewichtige Gründe, die für die Vorlage sprechen.

## Gleichberechtigung

Befürworter argumentieren, dass Gleichberechtigung auch wirklich Gleichberechtigung bedeuten muss. Eine zivilisierte Gesellschaft diskriminiert nicht aufgrund von Rasse, Religion, Geschlecht oder Sexualität und die Aberkennung des Rechts zu heiraten, ist eindeutig Diskriminierung. Schwule und heterosexuelle Paare verdienen beide die Rechte, die mit einer Ehe verbunden sind – beispielsweise in Bezug auf Steuern, Eigentum, Erbe

und Adoption. Egal wie man es ausdrückt, die Ablehnung von gleichen Rechten für Schwule und Lesben ist Homophobie.

## Die Ehe funktioniert

Die Ehe ist eine erfolgreiche Institution und es macht Sinn, sie für so viele wie möglich zu erlauben. Seit dem Beginn der Geschichte, haben sich Paare in Liebe durch die Ehe miteinander verbunden. Diese Möglichkeit auf alle zu übertragen, wird unsere Gesellschaft weiter stärken. Eine Legalisierung ist nur die Anerkennung der Realität: Es gibt homosexuelle Menschen, die sich lieben und die sich einander verschreiben wollen, genauso wie heterosexuelle Menschen.

## Wahlfreiheit

Der Staat sollte nichts darin zu sagen haben, wie erwachsene Menschen ihr Leben führen wollen.

Wenn zwei Menschen sich lieben und heiraten möchten, dann sollte ihnen das erlaubt sein, egal welche Hautfarbe, Religion, Nationalität oder Geschlecht sie haben. Liebe und Ehe sollte eine rein persönliche Wahl sein. Wenn sich Regierungen in die Privatangelegenheiten der Menschen einmischen, vorschreiben wen sie heiraten können, dann sind individuelle Freiheiten in Gefahr, und das kann gefährliche Auswirkungen haben.

Das Schweizer Parlament hat am 18. Dezember 2020 mit grosser Mehrheit entschieden, dass die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare geöffnet werden soll.

Diese Gesetzesänderung – die «Ehe für alle» – ist ein wichtiger und längst überfälliger Schritt in Richtung Gleichstellung von homo- und bisexuellen Paaren mit heterosexuellen Paaren in der Schweiz. Es ist höchste Zeit, dem gesellschaftlichen Wandel Taten folgen zu lassen. Wir kämpfen für ein Ja zur Liebe am 26. September! Hilfst du uns dabei?

**Arbela Statovci**  
Co-Präsidentin FDP Wallisellen

Philipp Gasser (rechts) mit Sven Marti, Wahlkampf- und Netzwerkleiter an der DV in Martigny.  
Foto: Désirée Dittes



# Einsiedler im «People's Business» Politik

## Gelebte Eigenverantwortung im FDP-Praktikum

Im Oktober 2020 trat Philipp Gasser sein Praktikum bei der FDP. Die Liberalen im Team «Wahlkampf und Parteinetzwerk» an. Mitte September endet es nun nach knapp einem Jahr. Ein Rückblick über seinen Weg zum Generalsekretariat der Partei, die vielfältigen Tätigkeiten, den Teamspirit und was die Werte der FDP damit zu tun haben.

Die Faszination und Freude an der (Schweizer) Politik fand ich vergleichsweise spät. War ich doch an der Stiftsschule Einsiedeln mit Latein und Biochemie gut bedient. Aber nach der Matura sah ich mich weder als Lehrer in einem Schulzimmer noch als Forscher in einem Labor stehen – zu statisch und «langweilig» erschien mir diese Vorstellung. Meine Interessen galten einem dynamischen und interdisziplinären Beruf, der Tagesaktualitäten berücksichtigt und manchmal auch Unvorhersehbares beinhaltet. Darum entschloss ich mich schlussendlich für ein Studium der Kommunikationswissenschaften und Politologie an der Universität Zürich. Parallel entwickelte sich mein Interesse für die FDP. Je mehr ich in Diskussionen über Parteien und Positionen verstrickt wurde, desto mehr fühlte ich mich zu den Freisinnigen

hingezogen. So lag es nahe, dass ich mich für ein Praktikum im Team «Wahlkampf und Parteinetzwerk» entschieden habe.

### Freiheit, Eigenverantwortung, Corona

In einem Beruf, bei dem die Zusammenarbeit mit anderen Menschen elementar ist, ist der Einstieg während der Corona-Pandemie – wo viele im Homeoffice verweilen – kompliziert. Einige Gesichter sah man erst nach Wochen persönlich und nicht mehr über den Bildschirm. Die erschwerte Situation änderte jedoch nichts an der Offenheit und Freundlichkeit, die mir entgegengebracht wurden.

Neben Unterstützung erhielt man auch Freiheiten und Eigenverantwortung, was die Selbst-

ständigkeit zusätzlich förderte. Bereits nach kurzer Zeit organisierte ich digitale Stammtische, verfasste Newsletter und Infomails oder arbeitete mit den Kantonalparteien bei den unterschiedlichsten Projekten zusammen. Stets mit der Freiheit, eigene Ideen und Prägungen einzubringen.

### Die fortschrittliche blaue Linie

Meine spannendsten Tätigkeiten kamen mit der Lancierung der Plattform Blueprints.ch. Auf der Plattform für freisinnige Umweltpolitik, werden Vorstösse, Aktionen und Videos von Freisinnigen über alle föderalen Ebenen gesammelt und als Ideenpool genutzt. Ich befasste mich mit dem Design und der Nutzerfreundlichkeit der Website, der Kommunikation mit den Kantonal- und Ortsparteien, besuchte KMU in der ganzen Schweiz und recherchierte im Bundesarchiv. Das Highlight war die Planung und Durchführung eines Videoprojekts mit den nationalen Parlamentariern über mehrere Tage im Bundeshaus. Spätestens jetzt wusste ich, wie umfangreich und interdisziplinär die politische Arbeit ist. Der persönliche (Lern-) Fortschritt, welchen ich aus diesen Arbeiten ziehen konnte, war enorm.

### Die gemeinsinnige Familie

Interdisziplinär arbeiten erfordert gezwungenermassen die Zusammenarbeit mit den anderen Teams im Generalsekretariat. Was nach einem potenziellen Brandherd klingt, war und ist immer noch das, was ich am meisten schätzen gelernt habe: die Zusammenarbeit, der Teamspirit, der Gemeinsinn. Man wird nicht als «der Praktikant» abgestempelt, sondern begegnet sich von Beginn an auf Augenhöhe und eigene Inputs und Ideen werden aufmerksam angehört. Nach einem strengen und hektischen Politalltag kommt auch der Spass und das Zwischenmenschliche nicht zu kurz.

### Jetzt geht es erst richtig los

Freiheit, Fortschritt, Gemeinsinn – dies sind die drei freisinnigen und liberalen Werte der FDP. Dass diese nicht nur leere Worthülsen sind, sondern gelebt werden, das habe ich in meiner Zeit als Praktikant im Generalsekretariat erkannt. Und auch wenn mein Praktikum vorbei ist, bleibe ich der FDP erhalten. Ich habe meine Chance gepackt und beginne ab Mitte September meine Festanstellung als Campaigner und Mitarbeiter im Team Wahlkampf.

### Philipp Gasser

Wir suchen regelmässig neue Talente für das Generalsekretariat. Unter [www.fdp.ch/aktuell/stellenangebote](http://www.fdp.ch/aktuell/stellenangebote) finden Sie die aktuell ausgeschriebenen Stellen.

## Parolenspiegel

für die nächsten eidgenössischen Volksabstimmungen



NEIN

**Volksinitiative «Löhne entlasten,  
Kapital gerecht besteuern» (99%-Initiative)**



JA

**Ehe für alle**

### Einladung zum Fachreferat

«Die nationale Sicherheit der Schweiz  
in einer instabilen Welt»



**Peter Regli**

Dipl. Masch.-Ing. ETH, Divisionär a. D.,  
ehem. Chef des Schweizer Nachrichtendienstes,  
Delegierter der FDP Schweiz, spricht zum Thema

-> **Donnerstag, 14. Oktober 2021, in Bern**  
Kaserne, Auditorium, Papiermühlestr. 13+15,  
3000 Bern 22  
(im Navigationssystem eingeben:  
Kasernenstrasse 27), oder  
per ÖV mit Tram Nr. 9 ab Bahnhof Bern  
bis Breitenrain, dann 300 m  
zu Fuss, via Herzogstrasse -> Papiermühle-  
strasse bis zur Kaserne.

-> **Donnerstag, 21. Oktober 2021, in Zürich**  
Mehrzweckhalle Stiftung zum Glockenhaus  
(neben dem Hotel Glockenhof), Sihl-  
strasse 33, 8001 Zürich

-> **Beginn jeweils:**  
18.45 Uhr Apéro  
19.30 Uhr Referat  
Keine Anmeldung notwendig.

## AGENDA

2. Oktober 2021

Delegiertenversammlung, Biel

### Jetzt Masken bestellen

Schutzmasken sind momentan unverzichtbare  
Begleiter. Bei der FDP können zertifizierte  
Stoffmasken mit der Aufschrift «Freiheit und  
Verantwortung» in den Grössen M und L  
bestellt werden. Ebenfalls möglich ist die  
französische Beschriftung «Libre et Respon-  
sable». Eine Maske kostet Fr. 7.– plus Ver-  
sandkosten und lässt sich unter [www.fdp.ch/  
shop](http://www.fdp.ch/shop) bestellen oder einfach den QR-Code mit  
der Handykamera scannen.



## Nichts verpassen!

Melden Sie sich jetzt bei unserem Threema Broadcast an.



**ACHTUNG BÖSE  
ÜBERRASCHUNG!**



**FDP**  
Die Liberalen

---

**NEIN**  
ZUR STEUER-  
INITIATIVE

[zukunft-sichern.ch](http://zukunft-sichern.ch)